



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

21. März 2022

Afghanistan

Regierungsführung: Inklusion

Es wurde wiederholt der Vorwurf der ethnischen Diskriminierung laut, als lokale Taliban am 13.03.22 das persische Wort „Daneshgah“ (Universität) auf dem Schild einer Universität in der Stadt Balkh entfernten. Der Führer der Taliban, Hibatullah Akhunzada, erließ daher am 15.03.22 ein Dekret mit 14 Punkten, welches die Taliban-Truppen u.a. dazu aufrief alle Ethnien gleich zu behandeln. Andere Ethnien sind nach wie vor besorgt, dass sie fast ausschließlich von Paschtunen regiert werden (die nur 34 % der Bevölkerung ausmachen). Mitglieder der Hazaras haben am 14.03.22 in Kabul ihres, 1995 von den Taliban ermordeten, Anführers Abdul Ali Mazari gedacht und die Taliban aufgefordert eine inklusive Regierung zu bilden. Auf einer Versammlung in der Stadt Bannu im südlichen Khyber Pakhtunkhwa in Pakistan, forderten am 14.03.22 aber auch Paschtunen – unter Beteiligung der Tahafuz-Bewegung – allgemeine Wahlen für eine repräsentative und inklusive Regierung in Afghanistan. Am 17.03.22 haben die Taliban daher eine Kommission eingesetzt, die einen Weg für die Rückkehr der geflohenen politischen Führer Afghanistans ebnen soll.

Verfolgungslage

Seit der Machtübernahme der Taliban sind laut der Zeitung Etilaatroz vom 16.03.22 in der Provinz Ghor mindestens 25 Menschen, darunter Soldaten der ehemaligen Armee und Zivilisten, getötet worden. Unter Berufung auf soziale Medien wird berichtet, die Taliban hätten einen Mann im Pandschschirtal gefoltert und ermordet, der an einem Protest gegen die Taliban teilgenommen hatte. Zwei Angehörige der ehemaligen Armee wurden am 13.03.22 in der Provinz Farah und der Provinz Ghor von Unbekannten erschossen.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Laut einem am 15.03.22 veröffentlichten Bericht der Weltbank zu Lebensbedingungen in Afghanistan, ist die Zahl der Arbeitssuchenden gestiegen, während gleichzeitig Löhne gesunken sind. Außerdem seien 37 % der befragten Haushalte nicht in der Lage, ihre grundlegende Ernährung zu finanzieren. Viele von ihnen hätten keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu humanitärer Hilfe. Am gleichen Tag warnte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, vor schwindender Aufmerksamkeit für die humanitäre Katastrophe in Afghanistan. Laut dem Welternährungsprogramm steigt die Zahl der akut hungerleidenden Menschen weiter auf aktuell 23 Mio. Gleichzeitig wirkt sich der Krieg in der Ukraine schon auf die Mehlpreise aus. Das Ministerium für Öffentliche Gesundheit zeigte sich ob der steigenden Säuglingssterblichkeitsrate, die wahrscheinlich durch Armut und schlechten Zugang zum Gesundheitssystem bedingt sei, besorgt. Seit Anfang 2022 seien ca. 13.700 Neugeborene gestorben.

Albanien

Verhaftung von Demonstrationsteilnehmenden

Das albanische Helsinki-Komitee kritisiert in einem Bericht vom 18.03.22 die Festnahme von etwa 200 Personen. Diese hatten eine Woche zuvor vor allem in der Hauptstadt Tirana für Steuersenkungen zur Eindämmung des starken Anstiegs von Treibstoff-, Energie- und Lebensmittelpreisen demonstriert. Die Behörden haben in den meisten Fällen Anklage wegen illegaler Versammlung, Widerstands gegen die Polizei oder Blockierung von Straßen erhoben. Das Helsinki-Komitee sieht in den Inhaftierungen eine Verletzung des Versammlungsrechts, zudem sei der Verhaftungsgrund in einigen Fällen nicht in den Dokumenten vermerkt worden. Ein Gericht hat inzwischen die Freilassung eines Teils der Personen angeordnet und ihre Festnahme als teilweise unrechtmäßig bezeichnet.

Burkina Faso

Übergangspräsident trifft ECOWAS-Delegation

Übergangspräsident Paul-Henri Sandaogo Damiba empfing am 17.03.22 eine Delegation der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), um über die Übergangsphase zu informieren. Die Delegation traf auch den nach wie vor im Hausarrest lebenden abgesetzten Präsidenten Roch Marc Christian Kaboré. Er befinde sich in guter Verfassung. Die Delegation verlautete, man werde weiter mit den neuen Machthabern zusammenarbeiten. Sanktionen wurden bislang nicht erlassen.

Tote bei Angriffen, Militäroperationen

Mindestens zwölf Sicherheitskräfte starben nach ersten Angaben am 20.03.22 bei einem Angriff Unbekannter in der Nähe von Natiaboani (Region Est). Auch eine nicht genannte Zahl der Angreifer sei getötet worden. Im in der Nähe gelegenen Nagaré wurden am 18.03.22 etwa 15 Jugendliche entführt.

Unbekannte töteten am 14.03.22 bei einem Angriff am Rand der Stadt Arbinda (Region Sahel) vier Angehörige der Bürgerwehr Volontaires pour la défense de la patrie (VDP) und drei Zivilpersonen. Die Angreifer folgten einer in dem Gebiet jüngst häufiger angewandten Vorgehensweise, indem sie gezielt Brunnen, Wasserstellen und Wasserspeicher zerstören und die angetroffene Bevölkerung angreifen. Dies ist Teil von Maßnahmen, durch Angriffe auf Infrastruktur, Kommunikations- und Transportwege Kontrolle über Orte zu erlangen.

Nach unterschiedlichen Angaben am 14.03.22 oder 15.03.2022 töteten Unbekannte den Leiter der VDP von Falagountou (Region Sahel) und dessen Frau.

Nach Militärangaben wurden im Februar 2022 bei zwei Operationen in den Regionen Nord und Centre-Est mehrere Dutzend Extremisten getötet oder verwundet und zwei ihrer Stützpunkte aufgelöst.

DR Kongo

Oppositionelle LAMUKA-Plattform wendet sich an internationale Menschenrechts-NGOs

Der Sprecher der Zweigniederlassung der Oppositionsplattform LAMUKA in Europa gab gegenüber dem UN-Informationsradio Okapi am 15.03.22 an, dass mangels Einschreiten der kongolesischen Justizbehörden die NGOs Amnesty International, Human Rights Watch und Fédération internationale pour les droits humains über die willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, Entführungen sowie politisch motivierte Strafverfolgung von Aktivistinnen und Aktivisten der LAMUKA in der DR Kongo in Kenntnis gesetzt wurden. LAMUKA verurteilte diese willkürlichen Praktiken aus politischen Gründen und forderte die Freilassung seiner Aktivistinnen und Aktivisten.

Inhaftierungsumstände François Beyas; Fortbestand rechtswidriger Praktiken des ANR

Berichten zufolge befindet sich der am 05.02.22 vom Inlandsgeheimdienst (ANR) im Zusammenhang mit einem angeblich gescheiterten Staatsstreich festgenommene und vormalige Sonderberater des Staatspräsidenten Félix Tshisekedi für Sicherheitsfragen, François Beya, nach über einem Monat weiterhin in Administrativhaft ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren (vgl. BN v. 14.02.22). Laut der NGO Association congolaise pour l'accès à la justice sprechen die Umstände in der Gesamtschau derzeit dafür, dass François Beya Opfer willkürlicher und

mangels Zugangs zu einem anwaltlichen Beistand geheimer Inhaftierung wurde. Laut Präsident der l'Association Africaine de défense des Droits de l'Homme, Me Katende, wurde die Hoffnung auf eine Reform des ANR, der unter Altpräsident Joseph Kabila als Instrument zur Repression und Unterdrückung diente, nach dem Wechsel an der Staatsspitze enttäuscht. Fälle von Entführungen und incommunicado Haft ohne Anklage würden weiterhin vorkommen. Der Modus Operandi des ANR sei zutiefst beunruhigend im Vorlauf auf die für 2023 geplanten Wahlen.

Provinz Maniema: Hohe Prävalenz geschlechtsspezifischer Gewalt

Unter Bezugnahme auf eine amtliche Statistik berichtete das UN-Informationsradio Okapi am 17.03.22, dass im Zeitraum 2019 bis 2021 allein in der Ostprovinz Maniema 24.000 geschlechtsspezifische Gewalttaten dokumentiert wurden. Lediglich 9 % der dort von solchen Gewalttaten Betroffenen hätte Zugang zu ganzheitlicher Betreuung. Geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt ist in allen Landesteilen weit verbreitet (vgl. BN v. 06.09.21).

Gambia

Fall übermäßiger Polizeigewalt wird untersucht; Demonstrationsuntersagung

Laut dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Lamin Bojang wurde wegen möglicherweise disziplinar- oder strafrechtlich relevanten Verhaltens ein polizeiinternes Ermittlungsverfahren gegen jene Polizeibediensteten eingeleitet, die gemeinschaftlich auf einen unbewaffneten und friedlichen Anhänger der Oppositionspartei United Democratic People (UDP) eintraten und -schlugen (vgl. BN v. 14.03.22). Unterdessen hat der Generalinspektor der Polizei einem Medienbericht zufolge der UDP die Veranstaltung von beantragten Demonstrationen in der KW 11 gegen die Nichtzulassung der Wahlkandidatur von Momodou Sabally (UDP) bei den Parlamentswahlen am 09.04.22 versagt und dies mit Sicherheitsgründen begründet. In Gambia steht die Demonstrationsfreiheit unter dem Vorbehalt einer behördlichen Erlaubnis gem. Art. 5 Abs. 2 des Public Order Act von 1961.

Ghana

Anführer der #FixTheCountry-Bewegung gegen Kautionsfrei

Der Tema High Court beschloss am 16.03.22 die Freilassung gegen Kautionsfrei des Anführers der Bewegung #FixTheCountry, Oliver Barker-Vormawor, aus der Untersuchungshaft. Barker-Vormawor war am 11.02.22 nach seiner Rückkehr aus Großbritannien am internationalen Flughafen der Hauptstadt Accra verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, in den sozialen Medien die Absicht eines Putsches erklärt zu haben (vgl. BN v. 14.02.22). Der Prozess gegen ihn soll am 29.03.22 fortgesetzt werden.

Guinea-Bissau

Abhaltung eines gerichtlich untersagten PAIGC-Kongresses unterbunden

Presseberichten zufolge kam es am 18.03.22 am Parteisitz der vormaligen Regierungspartei Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde (PAIGC) in der Hauptstadt Bissau zu Ausschreitungen zwischen den Polizeikräften und der Anhängerschaft der PAIGC. Die Polizeikräfte hätten Gewalt und Tränengas eingesetzt. Die Folge seien mindestens sieben Verletzte. Die Anhängerschaft der PAIGC hätte sich zur Vorbereitung eines von ihrem Parteivorsitzenden Domingos Simões Pereira ausgerichteten, mehrtägigen Parteikongresses versammelt, dessen Abhaltung auf eine Klage des Parteirivalen Bolom Conté im Februar 2022 hin, regionalgerichtlich verboten worden sei. Conté und weitere würden Pereira wegen des angeblichen Endes seiner Amtszeit als Parteivorsitzender die Legitimität zur Veranstaltung des Parteikongresses der PAIGC absprechen.

Indien

Karnataka: Gericht bestätigt umstrittenes Kopftuch-Verbot

Am 15.03.22 bestätigte ein Gericht im Bundesstaat Karnataka die Rechtmäßigkeit des Kopftuch-Verbots in öffentlichen Bildungseinrichtungen (vgl. BN v. 14.02.22). Die klagenden muslimischen Studentinnen sehen einen Verstoß gegen die Verfassung und wollen nun vor das höchste Gericht ziehen.

Millionen Menschen feiern hinduistisches Frühlingsfest

Das diesjährige hinduistische Frühlingsfest Holi haben Millionen Menschen weitgehend ohne Corona-Einschränkungen gefeiert. Bilder aus verschiedenen Landesteilen vom 18.03.22 zeigten, wie sich Menschen in Mengen und ohne Masken mit Farbpulver bewarfen. Das Fest wird je nach Bundesstaat in unterschiedlichen Varianten und an verschiedenen Tagen gefeiert. Während es im vergangenen Jahr teils Einschränkungen gab, sind die offiziellen Infektionszahlen in Indien derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau.

Irak

Raketenangriff auf die Balad-Basis

Am 17.03.22 schlugen vier Raketen in der Nähe der Balad-Basis in der Provinz Salah ad Din ein. Die Basis war in der Vergangenheit von US-Streitkräften genutzt worden, wird inzwischen aber wieder vollständig von irakischen Kräften betrieben. Es entstand weder Personen- noch Sachschaden. Bisher bekannte sich niemand zu dem Anschlag.

Folgen des Krieges gegen den IS

Am 15.03.22 veröffentlichte UNICEF eine Übersicht über Todesfälle von Kindern infolge von Minen im Irak. Sechs Kinder waren im Februar durch Minen und Sprengfallen umgekommen, zehn weitere verletzt worden. In weiten Teilen des Iraks, vor allem, aber nicht nur der ehemaligen IS-Gebiete, sind nach wie vor Minen nicht geräumt worden. Verminung bleibt ein wesentliches Rückkehrhindernis.

Am 20.03.22 wurde bekanntgegeben, dass aus einem Massengrab von IS-Kämpfern und ihren Angehörigen in Mossul bisher Teile von 85 Leichen geborgen worden seien, wobei noch erheblich mehr dort vermutet werden. Nach wie vor werden regelmäßig Massengräber gefunden, die teilweise bis in die Zeit Saddam Husseins zurückreichen.

Iran

Vorübergehende und endgültige Freilassungen

Unmittelbar vor dem iranischen Neujahrsfest Nouruz (20.03.22) meldeten die iranischen Auslandsmedien einige Freilassungen politischer Gefangener. So seien der Bruder und der Vater eines während der November-Unruhen 2019 getöteten jungen Mannes am 16.03.22 einen Monat nach ihrer Inhaftierung gegen Zahlung einer Kaution freigelassen worden. Die beiden Männer waren Ende Februar 2022 wegen Propaganda für Oppositionskräfte und gegen das System in Behbahan (Provinz Khuzestan) verhaftet und in ein örtliches Gefängnis verbracht worden (vgl. BN v. 28.02.22). Die beiden Männer warten nun auf ihren Prozess.

Am 13.03.22 sei ein weiterer politischer Gefangener gegen Zahlung einer hohen Kaution aus dem Gefängnis Groß-Teheran entlassen worden. Der Mann war im Zusammenhang mit den November-Unruhen 2019 gemeinsam mit zwei anderen Männern zum Tode verurteilt worden. Ende 2021 hatte der Oberste Gerichtshof einem Revisionsantrag der Verteidigung stattgegeben, das Todesurteil aufgehoben und den Fall an die 23. Zweigstelle des Revolutionsgerichts von Teheran überwiesen.

Außerdem sei ein seit acht Jahren inhaftierter ehemaliger Betreiber einer Technologie-Website am 16.03.22 überraschend auf freien Fuß gesetzt worden. Der Chef der sogenannten Orangen Website, die sich bis zu ihrer Abschaltung in Iran großer Beliebtheit erfreut hatte, war Ende 2013 gemeinsam mit sieben Mitarbeitenden von den Revolutionswächtern (kurz Sepah/Pasdaran) in Kerman verhaftet worden. Der Betrieb der Website war daraufhin eingestellt worden. Laut Angaben der Sepah und der Staatsanwaltschaft war den Verhafteten der versuchte Sturz des Regimes zur Last gelegt worden. Über die Gründe für die Freilassung wurde nichts bekannt.

Einjährige Haftstrafe für studentische Aktivistin

Laut Berichten von Auslandsmedien wurde eine Studentin der Allameh Tabatabai Universität in Teheran zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ihr Anwalt gab demnach bekannt, dass die Anklage aufgrund des Vorwurfs der Propaganda gegen das System erfolgt sei, nachdem die Frau an einer Kundgebung zum internationalen Frauentag am 08.03.22 teilgenommen und sich in sozialen Netzwerken gegen die Todesstrafe ausgesprochen habe. Zusätzlich zu ihrer Haftstrafe werde die Studentin von der Teilnahme an studentischen Kundgebungen ausgeschlossen, dürfe aber weiterhin am universitären Unterricht teilnehmen. Dem Anwalt zufolge sei zudem ein zweijähriges Verbot der Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Gruppen ergangen und eine Beschlagnahmung ihres Mobiltelefons erfolgt.

Jemen

Humanitäre Situation

Bei einer UN-Geberkonferenz für Jemen am 16.03.22 wurden lediglich 1,3 Mrd. USD an Hilfen zugesagt und damit weniger als ein Drittel der benötigten 4,27 Mrd. USD. Die Finanzhilfen für Jemen waren bereits in den vergangenen Jahren unzureichend, die Situation hat sich seit Ausbruch des Ukraine-Konflikts noch verschärft. Unterdessen wurde am 14.03.22 ein Report im Rahmen der Integrated Food Security Phase Classification (IPC) veröffentlicht, der einen Anstieg auf von Hungersnot betroffenen Personen auf 161.000 für die zweite Jahreshälfte 2022 voraussagt. Dies entspräche einer Verfünffachung der aktuellen Zahlen.

Bombenanschlag auf Kommandeur von Separatistenmiliz

Am 15.03.22 detonierte in der südjemenitischen Stadt Zinjibar eine Autobombe an einem Fahrzeug des Autokonvois von Abellatif al-Sayed, dem Kommandeur der Security Belt Forces. Vier Personen kamen dabei ums Leben, zwölf weitere wurden verletzt, darunter al-Sayed. Die Security Belt Forces sind dem Südübergangsrat zugehörig, der einen unabhängigen südjemenitischen Staat anstrebt und von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wird.

Kambodscha

Zahlreiche Mitglieder der Oppositionspartei CNRP zu Haftstrafen verurteilt, Einschränkungen der Meinungsfreiheit

Am 17.03.22 verurteilte ein Gericht in der Hauptstadt Phnom Penh 20 Oppositionspolitikerinnen und -politiker der zwangsweise aufgelösten Cambodia National Rescue Party (CNRP) wegen „Aufwiegelung“, der „Anstiftung von Militärangehörigen zum Ungehorsam“ und „Verschwörung“ zu zwischen fünf und zehn Jahren Haft. Darunter auch den Parteigründer Sam Rainsy und die stellvertretende Vorsitzende der CNRP, Mu Sochua, die beide im Exil leben und neben fünf weiteren Angeklagten in Abwesenheit verurteilt wurden. Seit der Auflösung der CNRP im November 2017 durch den Obersten Gerichtshof haben zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten das Land aus Angst vor Verhaftung und Vergeltungsmaßnahmen verlassen. Parteiführer Kem Sokha befindet sich seit September 2017 in einem laufenden Gerichtsverfahren. Human Rights Watch bezeichnet das Verfahren als unfair, da gegen die Angeklagten keine glaubhaften Beweise vorgebracht wurden und führt aus, dass der Prozess darauf abzielen schein, politische Gegnerinnen und Gegner des seit über 30 Jahre regierenden Premierministers Hun Sen und der kambodschanischen Volkspartei (CPP) ins Abseits zu stellen.

In den vergangenen Monaten nutzte die Regierung verschiedenen Berichten zufolge die COVID-19-Pandemie zunehmend dazu, das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter einzuschränken. Davon betroffen sind insbesondere Medienschaffende, Menschenrechtsverteidigende und regierungskritische Stimmen.

Kuba

127 Demonstrierende der Juli-Proteste 2021 zu Haftstrafen verurteilt

Laut einer Pressemitteilung des Obersten Gerichtshofs vom 16.03.22 sind 127 weitere Personen im Rahmen eines Prozesses zwischen 14.12.21 und 03.02.22 vor dem Volksgericht der Provinz Havanna zu Haftstrafen zwischen

sechs und 30 Jahren wegen Verursachung schwerer Unruhen und Vandalismus im Zuge der regierungskritischen Proteste im Juli 2021 verurteilt worden. Es kann noch Berufung eingelegt werden. Regierungsangaben vom 25.01.22 zufolge sind insgesamt Ermittlungsverfahren gegen 790 Personen im Zusammenhang mit den Protesten eingeleitet worden, darunter 55 gegen Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren, zahlreiche Urteile sind bereits gefallen (vgl. BN v. 24.01.22).

Libanon

Wirtschaftslage

Am 17.03.22 wurde ein neuer Plan zur Reform des Energiesektors im Kabinett verabschiedet. Derzeit ist in großen Teilen des Landes de facto keine Energieversorgung möglich, in vielen nur stundenweise. Teile des Plans umfassen die Einsetzung einer Aufsichtsbehörde, den Import von Elektrizität aus Jordanien und Gas aus Ägypten sowie Pläne für einen Kraftwerkneubau im Norden des Landes. Die chronische Unterfinanzierung und Subventionierung von Energie trug in den letzten Jahrzehnten erheblich zur Staatsverschuldung des Libanon bei. Eine umfassende Restrukturierung der Energieversorgung gehört zu den Bedingungen möglicher internationaler Geldgeber. Es handelt sich inzwischen um den dritten Plan zur Erreichung dieses Zieles, die vorherigen konnten aufgrund politischer Uneinigkeit nicht implementiert werden.

Am 16.03.22 trafen sich Vertreter Saudi-Arabiens und Frankreichs, um gemeinsame Hilfen für den Libanon in Form der Finanzierung humanitärer Projekte zu diskutieren. Teil des offiziellen Statements war die eindeutige Aussage der saudischen Delegation, dass keinerlei saudisches Geld durch die Hände staatlicher libanesischer Institutionen fließen wird.

Nicaragua

Prozess gegen Cristiana Chamorro, 25 weitere NGOs verlieren Rechtsstatus

Am 11.03.22 ist die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Cristiana Chamorro in einem weiteren Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Geldwäsche und Misswirtschaft für schuldig befunden worden, ebenso ihr Bruder Pedro Joaquín sowie drei ehemalige Mitarbeiter ihrer Stiftung. Die Staatsanwaltschaft forderte Gefängnisstrafen zwischen sieben und dreizehn Jahren, das genaue Strafmaß soll am 21.03.22 verkündet werden. Auch in diesem Fall kritisierten NGOs und Medien zahlreiche Rechtsstaatsmängel des Verfahrens und die Haltlosigkeit der Vorwürfe. Am 17.03.22 hat die sandinistisch dominierte Nationalversammlung zudem 25 weiteren NGOs den Rechtsstatus aberkannt, darunter waren der unabhängige wirtschaftliche Thinktank Funides, und die Fundación Grupo Cívico Ética y Transparencia, welche u.a. Wahlbeobachtung durchführte.

Niger

Tödliche Angriffe nahe der Grenze zu Burkina Faso

Bei zwei Angriffen am 16.03.22 sind in der südwestlichen Region Tillabéri unweit der Grenze zu Burkina Faso Medienberichten zufolge 21 Personen ums Leben gekommen. Schwer bewaffnete Männer auf Motorrädern und in einem Fahrzeug hätten einen Bus angegriffen und dabei 19 Menschen, darunter zwei Polizeikräfte, getötet. Fünf weitere Personen seien im Anschluss mit Verletzungen nach Niamey gebracht worden. Der Bus sei auf dem Rückweg aus der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou gewesen. Bei einem zweiten Angriff seien zwei Menschen in einem mit Gemüse und Früchten beladenen Lastwagen verbrannt. Bereits am 04.03.22 sollen in Torodi, ebenfalls nahe der Grenze zu Burkina Faso, fünf nigrische Soldaten durch eine Sprengfalle ums Leben gekommen sein. Im Südwesten Nigers kommt es immer wieder zu tödlichen Angriffen, die mit den dschihadistischen Gruppierungen Islamic State in the Greater Sahel (ISGS) und al-Qaida in Verbindung gebracht werden.

Nigeria

Erfolgreiche Deradikalisierung abtrünniger Islamisten

Laut aktuellen Medienberichten haben weitere 559 ehemalige Mitglieder der beiden Hauptfraktionen von Boko Haram, JAS und ISWAP, das staatliche Deradikalisierungsprogramm erfolgreich durchlaufen. Die offizielle Abschlussfeier habe am 13.03.22 in einem Deradikalisierungszentrum im nordöstlichen Bundesstaat Gombe stattgefunden. Die Gesamtzahl der Absolventen belaufe sich damit auf 1.629 Personen. Das 2016 gestartete Aussteigerprogramm Operation Safe Corridor ermöglicht Überläufern eine Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft (vgl. BN v. 19.04.21). Um eine Deradikalisierung zu bewirken, erhalten Mitglieder islamistischer Gruppierungen, die freiwillig ihre Waffen niederlegen und sich den Behörden stellen, unter anderem psychologische Unterstützung und verschiedene Bildungsangebote. Laut Medienberichten, die sich auf offizielle Zahlen stützen, sollen sich über 35.000 Personen ergeben haben, die für islamistische Gruppierungen aktiv waren.

Zwei Dutzend Sicherheitskräfte getötet

Medienberichten zufolge haben nichtstaatliche Akteure im Zeitraum 13.03. bis 18.03.22 in sechs Bundesstaaten insgesamt 24 Sicherheitskräfte getötet, darunter 16 Polizisten, zwei Justizvollzugsbeamte, einen Beamten der National Drug Law Enforcement Agency (NDLEA), einen Soldaten und vier Mitglieder lokaler Bürgerwehren. Dabei sorgten Vorfälle in den Bundesstaaten Niger und Kebbi für besonderes Aufsehen: Bei der Abwehr eines Angriffs Dutzender bewaffneter Bandenmitglieder im nördlich-zentralen Bundesstaat Niger auf eine Polizeistation in der Local Government Area (LGA) Magama sollen am 15.03.22 auf Seiten der Sicherheitskräfte sieben Personen ums Leben gekommen sein. Am selben Tag attackierten laut Medienberichten rd. 500 Männer auf Motorrädern eine Tomatenverarbeitungsfabrik in der Ortschaft Gafara im benachbarten Bundesstaat Kebbi, um ausländische Beschäftigte zum Zweck der Lösegelderpressung zu entführen. Bei der Abwehr des Angriffs sollen mindestens vier Polizeikräfte umgekommen sein. Nordwestliche und nördlich-zentrale Bundesstaaten wie Zamfara, Katsina, Kaduna, Niger und Kebbi waren von Gewalttaten krimineller Banden zuletzt häufiger betroffen (vgl. BN v. 14.03.22).

Entführungskriminalität im Bundesstaat Kaduna

Am 17.03.22 haben bewaffnete Angreifer in der Ortschaft Agunu Dutse im nördlichen Bundesstaat Kaduna 48 Personen entführt. Augenzeugen zufolge ist bei dem Überfall eine Person verletzt worden. Laut Medienberichten meldete die Polizei am selben Tag einen Erfolg im Kampf gegen die Entführungskriminalität im selben Bundesstaat:

Kürzlich seien in Kaduna 30 mutmaßliche Mitglieder einer Gruppe von Kriminellen verhaftet worden, die sich auf Entführungen und Raubüberfälle auf der als sehr unsicher geltenden Autobahn (vgl. BN v. 20.09.21 u. 29.11.21) zwischen den Millionenstädten Kaduna und Abuja spezialisiert hatte. Die Bande habe sich außerdem im Bereich Waffenschmuggel betätigt. Auch ihr Anführer sei festgenommen worden und habe bereits ein Geständnis abgelegt.

Pakistan

Wiederholt Anschlag auf Polizeikonvoi in Belutschistan

Am 15.03.22 wurde im Distrikt Sibi in der Provinz Belutschistan wiederholt ein Polizeikonvoi von einer Bombe am Straßenrand erfasst. Mindestens vier Sicherheitskräfte kamen ums Leben, ein knappes Dutzend wurde verletzt. Bisher bekannte sich niemand zu diesem Anschlag. Zum Anschlag vom 08.03.22, ebenfalls auf einen Polizeikonvoi im selben Distrikt (vgl. BN v. 14.03.22), hat sich mittlerweile der Islamische Staat der Khorasan Provinz (ISKP) bekannt.

Premier Imran Khan stellt sich Misstrauensvotum

Am 25.03.22 soll im pakistanischen Unterhaus über ein Misstrauensvotum gegen Premierminister Imran Khan entschieden werden. Khan hat nach dem Austritt von Abgeordneten aus seiner Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) die Mehrheit im Parlament eingebüßt und erreicht nicht mehr das dafür erforderliche Minimum von 172

Sitzen. Die Opposition verfügt gemeinsam über 163 Sitze im Unterhaus und könnte durch das Misstrauensvotum die Mehrheit erreichen.

Reaktionen auf indischen Raketeneinschlag

Nachdem Indien am 10.03.22 nach eigenen Angaben wegen eines technischen Versehens eine Rakete nach Pakistan abgeschossen hatte, verurteilte Pakistan den Raketenstart und forderte Sicherheitsgarantien. Die Beziehung der beiden südasiatischen Atomkräfte gilt als angespannt.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Zwei Palästinenser bei Militäreinsätzen getötet

Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums vom 15.03.22 zufolge wurden bei zwei separaten Militäreinsätzen im Balata-Geflüchtetenlager in Nablos, sowie im Geflüchtetenlager Qalandiya, nahe Jerusalem, zwei Palästinenser getötet. Meldungen der Grenzpolizei zufolge seien sie bei Verhaftungsmissionen in den beiden Lagern von einer Gruppe der Bewohnenden angegriffen worden, woraufhin sie das Feuer eröffnet hätten, um die Menge zu zerstreuen. Bei einem der Getöteten handelte es sich um einen 16-jährigen Palästinenser. Mehrere Palästinenserinnen und Palästinenser mussten außerdem im Krankenhaus behandelt werden. Es gab keine Meldungen über Verletzungen bei israelischen Militärsangehörigen.

Republik Moldau / Ukraine

Migrationsgeschehen

Nach Angaben des moldauischen Innenministeriums sind seit Ausbruch der russischen Militärintervention in der Ukraine bis zum 20.03.22 über 328.000 ukrainische Staatsangehörige sowie rd. 33.000 Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten in die Republik Moldau geflohen. Ein großer Teil der Menschen sei anschließend nach Rumänien weitergereist, rd. 102.000 geflohene Personen sollen sich derzeit noch auf moldauischem Territorium aufhalten. Laut den Grenzbehörden der Republik Moldau sind mit Stand 20.03.22 alle Grenzübergangspunkte funktionstüchtig. Die moldauische Luftfahrtbehörde gab bekannt, dass ab dem 21.03.22 der Passagierflugverkehr aus und nach Rumänien wiederaufgenommen werden soll. In der Republik Moldau gilt derzeit ein Ausnahmezustand sowie bislang eine Sperrung des Luftraums mit Ausnahme von humanitären Sonderflügen aus der Ukraine.

Russische Föderation

Festnahmen bei erneuten Protesten gegen Krieg in der Ukraine

Auch in der vorigen Woche (11. KW) protestierten zahlreiche Menschen im Land für eine Beendigung des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine. Die Menschenrechtsorganisation OWD-Info berichtete, dass am 20.03.22 u.a. in Moskau, St. Petersburg, Jekaterinburg, Nischni Nowgorod und Wladiwostok Antikriegskundgebungen stattfanden. Bürgerrechtler meldeten fast 1.000 Festnahmen. OWD-Info zufolge wurden seit dem Beginn des Angriffs russischer Truppen auf die Ukraine am 24.02.22 bislang (Stand 21.03.22) 15.032 Personen bei Protesten gegen den Krieg festgenommen.

Russische Föderation / Ukraine

Mehrjährige Haftstrafen gegen Krim-Tataren

Am 18.03.22 verurteilte ein Gericht in Rostow am Don fünf Krim-Tataren wegen Mitgliedschaft in der verbotenen islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir zu mehrjährigen Haftstrafen. Drei der Angeklagten erhielten eine Haftstrafe von 14 Jahren und zwei Angeklagte von 15 Jahren. Am 10.03.22 waren fünf Krim-Tataren von demselben Gericht aus demselben Grund und wegen der Organisation von Aktivitäten für Hizb ut-Tahrir und der Planung der Machtergreifung ebenfalls zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Zwei der Angeklagten

hatten eine Haftstrafe von 19 Jahren, die anderen Haftstrafen von 15 bzw. 17 bzw. 18 Jahren erhalten. Nachdem die Halbinsel Krim im März 2014 durch die Russische Föderation von der Ukraine annektiert worden war, wurden Dutzende Krim-Tataren unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in jener Organisation Ziel staatlicher Verfolgung.

Senegal

Militäroperation in der Casamance

Die senegalesische Armee startete am 13.03.22 eine großangelegte Militäroperation in der südlichen Region Casamance an der Nordgrenze zu Gambia. Laut einer Erklärung des Militärstabschefs zielt die Offensive darauf ab, „alle bewaffneten Banden zu vernichten, die kriminelle Aktivitäten in der Region durchführen [um] die Integrität des Staatsgebietes um jeden Preis zu bewahren“. „Im Rahmen ihrer königlichen Mission zur Sicherung von Menschen und Eigentum haben die Armeen am 13.03.22 eine Operation gestartet, deren Hauptziel es ist, die Stützpunkte der MFDC von Salif Sadio zu demontieren“, heißt es in der Erklärung. Die Operation gilt als Folge der Zusammenstöße zwischen senegalesischen Soldaten der westafrikanischen Regionalmission ECOMIG und MFDC-Rebellen vom 24.01.22 (BN v. 07.02.22). Hierbei wurden vier senegalesische Soldaten getötet und sieben gefangen genommen, am 14.02.22 jedoch wieder freigelassen. Infolge der Kämpfe im Grenzgebiet suchen tausende Menschen Zuflucht in Gambia, wie gambische Behörden am 19.03.22 mitteilten.

Somalia

Angriff auf KDF-Soldaten

Bei einem Bombenanschlag auf Soldaten der Kenya Defence Forces (KDF) bei Gherille (Region Gedo) am 14.03.22 wurden offiziellen Angaben zufolge mindestens neun kenianische Soldaten getötet. Fünf weitere wurden schwer verletzt. Sie werden in einem Krankenhaus in Nairobi behandelt.

Suspendierung eines wichtigen Regierungsbeamten wegen schwerer Vorwürfe

Der stellvertretende Stabschef des Präsidenten Farmajo, Abdinur Mohamed Ahmed, wurde u.a. wegen schweren Missbrauchs und sexueller Belästigung weiblicher Angestellter, Bestechung, Machtmissbrauch, sowie Gewalt und Drohungen gegen Medienschaffende suspendiert. Die ersten Vorwürfe sexueller Belästigung tauchten im Dezember 2021 durch einen ehemaligen Regierungsmitarbeiter auf. Es folgte ein Aufschrei in den sozialen Medien und weitere Vorwürfe wurden publik. Die Suspendierung wurde von der lokalen Presse begrüßt. Zugleich steht Präsident Farmajo, der eine Wiederwahl anstrebt, derzeit unter einem wachsenden politischen Druck aufgrund einer Reihe von aufgedeckten Rechtsverletzungen durch wichtige Regierungs- und Sicherheitsbeamte.

Sri Lanka

Tausende demonstrieren gegen Regierung

Rd. 30.000 Menschen nahmen am 15.03.22 an einer Demonstration vor dem Büro des Präsidenten in Colombo teil, um gegen die Regierung zu demonstrieren, die sie für die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich machen. Angeführt wurden die Proteste von der Oppositionsallianz Samagi Jana Balawegaya (SJB). Oppositionsführer Sajith Premadasa, der in der Präsidentschaftswahl im November 2019 Gotabaya Rajapaksa unterlegen war, forderte den Präsidenten auf zurückzutreten oder die für 2024 angesetzten Präsidentschaftswahlen vorzuziehen. Die Demonstrationsteilnehmenden trugen u.a. Stirnbänder mit der Aufschrift „Gota go home!“.

Aufgrund der anhaltend schlechte Wirtschaftslage und der hohen Staatsverschuldung (vgl. BN v. 06.09., 29.11.21 u. 31.01.22) ist der Import von grundlegenden Gütern wie bestimmten Lebensmitteln und Medikamenten eingeschränkt, mit stark steigenden Preisen als Konsequenz. Dies wird für viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend zum Problem und der Unmut über die Regierung wächst. Immer wieder kommt es zu Protesten. In den vergangenen Wochen nahm die Treibstoffknappheit zu und Menschen mussten Berichten zufolge vor Tankstellen teilweise mehrere Tage warten, um ihre Autos betanken zu können. Stromausfälle sowie Behinderungen des inländischen Transports grundlegender Güter mehren sich. In weniger als einer Woche verlor die inländische Währung ein Drittel ihres Wertes. Die Regierung kündigte vor Kurzem Gespräche mit dem

Internationalen Währungsfonds (IMF) an. Beobachtende sprechen von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit 1948.

Sudan

Anhaltende Demonstrationen

Am 14.03., 15.03. und 16.03.22 demonstrierten erneut tausende Menschen in Khartum und anderen Städten des Landes gegen den Militärputsch. Insbesondere die landesweiten Demonstrationen am 16.03.22 standen zusätzlich im Zeichen der weiter ansteigenden Lebensmittelpreise. Die Demonstrationen am 14.03.22 richteten den Fokus dagegen auf im Rahmen ihrer Teilnahme an Demonstrationen festgenommene Personen. Zentrale Forderungen waren dabei die Freilassung der inhaftierten Personen und die Forderung nach einer gerichtlichen Aufarbeitung des Militärputsches und seiner Folgen. Verschiedenen Berichten zu Folge seien am 14.03.22 mindestens 133 Personen verletzt worden.

Auch am 15.03. und 16.03.22 gingen die Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende vor und setzten Tränengas sowie Wasserwerfer ein. An beiden Tagen kam es zu Verletzten. Am 15.03.22 gab ein Sprecher der Militärregierung zudem bekannt, dass Sicherheitskräfte versucht hätten, eine Passantin, die nicht an den Protesten beteiligt gewesen sei, zu vergewaltigen. Sie sei in einem Stadtbus unterwegs gewesen, der von Sicherheitskräften angehalten und mit Tränengas attackiert worden sei. Der Vorfall werde untersucht. Ein Bericht der UN vom Dezember 2021 gab an, dass es nach einem Sitzstreik am 19.12.21 13 Anschuldigungen wegen Vergewaltigung und Gruppenvergewaltigung gegeben habe. Der jüngste Vorfall vom 15.03.22 sorgte erneut für Bestürzung und führte zu spontanen Demonstrationsaufrufen in den Städten Khartum, Bahri und Omdurman.

Syrien

Medienbericht: Massengräber könnten Ausmaß von Kriegsverbrechen belegen

Die New York Times veröffentlichte am 16.03.22 einen Investigativbericht über Massengräber in Syrien. In Interviews, die über die letzten Monate geführt worden seien, hätten vier Syrer über ihre Arbeit auf oder nahe geheimgehaltener Massengräber berichtet, die durch die syrischen Sicherheitsbehörden betrieben würden. Anschließend wurden die beschriebenen Orte mit Satellitenbildern untermauert, die nahelegen, dass in mehreren Gebieten unter Regierungskontrolle systematisch Gräber ausgehoben, Folteropfer darin begraben und die Flächen anschließend mit Zäunen abgeriegelt worden seien. Im Bericht werden Qutayfa im Norden und Najha im Süden von Damaskus als Orte genannt, an denen sich größere Einrichtungen dieser Art befinden sollen.

Zeugenberichten und Menschenrechtsorganisationen zufolge würden vor allem in Haft zu Tode gefolterte Personen auf diese Weise verschwinden gelassen werden. Schätzungen der US-Regierung aus dem letzten Jahr wären während des Syrienkonflikts mindestens 14.000 Syrerinnen und Syrer in Haft getötet worden, aber die tatsächliche Zahl dürfte weit darüber liegen. Mehr als 130.000 Personen gelten bereits als vermisst, nachdem sie in Haftanstalten der syrischen Regierung verschwunden seien. Allein anhand der Beweise, die der Militärfotograf „Caesar“ bereits im Jahr 2013 aus Syrien geschmuggelt hatte, konnte der Tod von 6.000 Menschen in syrischer Gefangenschaft belegt werden.

Zwei der für die Investigation interviewten Männer leben heute in Deutschland, einer im Libanon und einer nach wie vor in Syrien.

Präsident Assad zu Gast in den VAE

In seiner ersten Auslandsreise in ein arabisches Land seit 2011 traf sich der syrische Machthaber am 18.03.22 mit Kronprinz Mohammed bin Zayed, dem de facto Herrscher der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), und mit Scheich Mohammed bin Rashid al-Maktoum, dem Vizepräsidenten und Premierminister, welcher gleichzeitig auch der Herrscher von Dubai ist.

Seit Ausbruch des Syrienkonflikts unternahm Assad so gut wie keine Auslandsreisen, außer nach Russland und in den Iran, seine beiden Schutzmächte.

Ebenso wie andere arabische Staaten waren auch die VAE lange Zeit am Boykott der syrischen Regierung beteiligt, öffneten jedoch bereits Ende 2018 wieder ihre Botschaft in Syrien. Der Empfang in Abu Dhabi markiert ein weiteres Signal in Richtung Normalisierung und Reintegration in die arabische Staatengemeinschaft.

Tausende Syrerinnen und Syrer arbeiten in den VAE und überweisen regelmäßig Geld an ihre Angehörigen, die sich noch in Syrien befinden.

Türkei

Entziehung der Zulassung von mehreren Justizbeamten

Am 10.03. sowie 16.03.22 beschloss die türkische Richter- und Staatsanwaltskammer (HSK) vier Staatsanwälten und sechs Richtern wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung die Zulassung zu entziehen, ohne weitere Einzelheiten zu nennen.

Verhaftungen von Frauenrechtsaktivistinnen

Am 16.03. und 17.03.22 wurden in der mehrheitlich kurdischen Provinz Diyarbakır bei Einsätzen der Polizei 25 Aktivistinnen festgenommen, die an Demonstrationen am Weltfrauentag 2022 sowie weiteren Demonstrationen zu Frauenrechten in der Türkei beteiligt waren. Nach ihrer Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft wurden elf Frauen mit einem Antrag auf Verhaftung an das Gericht verwiesen. Weitere sieben Frauen wurden unter Bewährungsauflagen entlassen. Unter den festgenommenen Frauen befanden sich Vertreterinnen mehrerer Frauenrechtsorganisationen, Arbeitergewerkschaften sowie HDP-Politikerinnen.

Haftentlassung von ehemaligem HDP-Abgeordneten

Am 17.03.22 wurde der ehemalige HDP-Abgeordnete Musa Farisoğulları nach fast zwei Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen. Farisoğulları war im Juni 2020 die parlamentarische Immunität entzogen worden, nachdem der Kassationsgerichtshof eine neunjährige Haftstrafe wegen Terrorismusvorwürfen gegen ihn verhängte.

Während des Prozesses wurde Farisoğulları der Mitgliedschaft in der PKK beschuldigt, weil er mutmaßlich an Beerdigungen von zwei PKK-Kämpfern teilgenommen haben soll. Aufgrund der bisher verbüßten Haftzeit gab ein Vollstreckungsgericht Farisoğullarıs Antrag auf Entlassung unter Bewährungsauflagen statt.

Turkmenistan

Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten

Am Samstag fand in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabat eine feierliche Zeremonie zur Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten, Serdar Berdimukhamedov, statt. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission des Landes erhielt der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident und Sohn des ehemaligen Staatschefs Gurbanguly Berdimukhamedov bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 12.03.22 72,97 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 97 %. Gemäß Medienberichten bestehen Zweifel an der Wettbewerbsorientiertheit der Wahl.

Uganda

Neun Medienschaffende nahe Kampala festgenommen

Am 10.03.22 wurden Berichten zufolge neun Journalistinnen und Journalisten aufgrund von beleidigender Kommunikation (offensive communication) festgenommen. Unter den Verhafteten, die der Online-Medienplattform Digitalk TV angehören, befindet sich auch der Autor und Aktivist Norman Tumuhimbise, dessen regierungskritisches Buch am 30.03.22 veröffentlicht werden soll. Der Anwalt der Gruppe geht von einem Zusammenhang zwischen der geplanten Buchveröffentlichung und den Verhaftungen aus. Am 15.03. und 16.03.22 wurden sieben Personen gegen Kautionsfreilassung, gegen sie wird jedoch weiterhin wegen Aufwiegelung und Cyberstalking ermittelt. Tumuhimbise und eine weitere Journalistin befinden sich weiter in Haft und wurden angeklagt. In der Anhörung vor Gericht gaben sie an, in staatlicher Haft schwer körperlich misshandelt worden sein.

Ukraine / Russische Föderation

Russische Militärintervention

Die am 24.02.22 von der Russischen Föderation gestartete Militärintervention in der Ukraine hält weiterhin an (vgl. BN v. 07.03.22 u. 14.03.22). Im Zuge des stattfindenden Kriegsgeschehens hat sich die Lage für die Zivilbevölkerung insbesondere in den von russischen Streitkräften eingeschlossenen Städten weiter verschärft, zahlreiche Medienberichte thematisieren Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Einrichtungen. Bei einem Luftangriff auf ein Einkaufszentrum in Kiew am 20.03.22 wurden laut Agenturangaben bislang mindestens sechs Todesopfer gemeldet. Laut UNHCR haben die anhaltenden Engpässe bei Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten sowie die teils unterbrochene Versorgung mit Strom und Heizungswärme in den umkämpften Städten ein potentiell lebensbedrohliches Ausmaß für die Zivilbevölkerung angenommen. UN-Angaben zufolge konnte ein humanitärer Konvoi mit Hilfsgütern am 18.03.22 die umkämpfte Stadt Sumy erreichen. UNHCR-Schätzungen vom 19.03.22 zufolge sind bislang mehr als 3,3 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen, darüber hinaus sind derzeit rd. 12 Mio. Menschen in der Ukraine in den vom Kriegsgeschehen am stärksten betroffenen Gebieten auf humanitäre Hilfe angewiesen. Insbesondere vulnerable Personengruppen wie Kinder, Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind laut UNHCR mit zunehmenden Barrieren beim Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen konfrontiert. UN-Angaben vom 20.03.22 verzeichnen bislang mindestens 902 festgestellte zivile Todesopfer sowie 1.459 Verletzte. Eine Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs vom 16.03.22, die die Russische Föderation zur sofortigen Einstellung ihrer Militäroperationen auffordert, wurde von der russischen Regierung zurückgewiesen. Die ukrainische Regierung lehnte am Morgen des 21.03.22 eine von der Russischen Föderation geforderte Kapitulation ihrer Streitkräfte in der Stadt Mariupol ab. Über einen Fluchtkorridor in die Stadt Saporischschja wurden in der vergangenen Woche laut ukrainischen Angaben mehrere zehntausend Zivilpersonen aus Mariupol evakuiert, während mehrere Versuche zur Lieferung humanitärer Hilfe in die Stadt scheiterten. Bei einem Luftangriff auf ein Theaterhaus in Mariupol am 16.03.22 sollen Medienberichten zufolge hunderte dort Zuflucht suchende Zivilpersonen in einem Luftschutzraum unter den Trümmern eingeschlossen sein; mit Stand 18.03.22 gab Präsident Wolodymyr Selenskyj bekannt, dass bislang 130 Personen gerettet werden konnten. Am 20.03.22 wurde die Einrichtung von mehreren humanitären Korridoren aus den Gebieten um Kiew, Charkiw und Mariupol gemeldet. Zahlreiche Medienberichte sprechen von einer Verlangsamung der russischen Militäroperationen in einigen Gebieten; weitere Versuche zur Einkreisung der teilweise umstellten Großstädte Kiew und Charkiw seien bislang u.a. durch logistische Probleme und Gegenstöße ukrainischer Streitkräfte nicht erfolgreich gewesen. In den von russischen Streitkräften besetzten Gebieten soll es laut Medienberichten zu Fällen von Entführungen amtstragender Personen gekommen sein. Unterdessen halten die diplomatischen Verhandlungsrunden zwischen den Konfliktparteien mithilfe internationaler Vermittlungsversuche weiter an, ein Durchbruch ist jedoch derzeit weiterhin nicht in Sicht. Präsident Selenskyj bekräftigte am 20.03.22 erneut seine Bereitschaft zu einem direkten Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die russische Regierung teilte mit, ein Treffen der beiden Staatsoberhäupter sei nicht ausgeschlossen, jedoch abhängig von der weiteren Arbeit der Verhandlungsdelegationen.

Venezuela

Berichte: Frauenmorde 2017-2021, Januar 2022

Die NGO Comité de Familiares de Víctimas del Caracazo (Cofavic) beziffert in einem am 15.03.22 veröffentlichten Bericht die Zahl der zwischen 2017 und 2021 von ihr registrierten gewaltsamen Frauentötungen auf 1.821, darunter mindestens 969 nachweisliche Femizide. Zudem waren 301 minderjährige Mädchen unter den Getöteten. Mehr als 40 % der Taten ereigneten sich im Zuhause der Getöteten, die meisten Taten wurden in den Bundesstaaten Zulia, Bolívar, Lara und Miranda verzeichnet. Im Januar 2022 registrierte die NGO Cepaz insgesamt 20 Femizide.

Jahresbericht: Extralegale Tötungen durch polizeiliche und militärische Kräfte 2021

Die nichtstaatlichen Organisationen Provea und Centro Gumilla registrierten für 2021 mindestens 1.414 extralegale Tötungen durch Angehörige diverser Polizei- und Militäreinheiten, davon fast 99 % an Männern. Die Zahl liegt damit zwar mehr als 50 % unter den Zahlen des Vorjahres (3.034), ist jedoch nach wie vor mehr als

doppelt so hoch wie 2018. Für etwa 25 % der Tötungen sei die Sonderermittlungseinheit Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC) verantwortlich gewesen.

Vietnam

Mehrjährige Haftstrafen wegen des Vorwurfs von „Umsturzversuchen“

Ein Gericht in der Provinz Khanh Hoa verurteilte am 15.03.22 eine Frau und einen Mann zu Haftstrafen von zwölf und neun Jahren zzgl. drei Jahren auf Bewährung. Ihnen wird die „Organisation von Aktivitäten zum Sturz der Regierung“ vorgeworfen. Beide sollen sich über die sozialen Medien Gruppen angeschlossen haben, die von der Regierung als „reaktionär“ eingestuft, bzw. denen Verbindungen zu Viet Tan unterstellt werden. Ebenfalls wegen Umsturzversuchen zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt wurde am 16.03.22 eine Frau von einem Gericht in der Provinz An Giang. Die Verurteilte soll über die sozialen Medien mit der in den USA ansässigen und seit 2018 in Vietnam als terroristische Organisation eingestufte Gruppe Provisional National Government of Vietnam in Kontakt getreten sein. Sie wurde im Juli 2021 verhaftet.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de